



**Landessozialplan, Workshop „Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Abhängigkeitserkrankungen“, 28.04.2021**

**Ergebnisprotokoll zur Arbeitsgruppe 2: Arbeitsbeschäftigung, Dienste zur sozialpädagogischen Tagesbegleitung, niederschwellige Dienste**

Moderation: Sonja Vigl

Dokumentation: Christian Theiner

Nachfolgend werden die wichtigsten Aussagen sowie konkrete Maßnahmen angeführt, die im Rahmen der Fokusgruppen-Diskussion als Input für den Landessozialplan genannt wurden.

**Arbeitsbeschäftigung und Arbeitseingliederung:**

- Arbeit/Arbeitserfahrungen, vor allem auch in einem realen Kontext, sind sehr wichtig (Recht auf Arbeit ist in Verfassung verankert).
- Personen sollten nicht nur im Arbeitsumfeld begleitet werden, sondern auch im Bereich Wohnen. Das Thema ist ganzheitlich zu sehen: Coaching in Lebensphase, nicht „nur“ Job Coaching.
- Menschen mit Behinderung brauchen Begleitung von außen.
- Es wird mehr Personal benötigt, um einen hochwertigen Dienst sicherstellen zu können, hier müssen Wege gefunden werden mehr qualifiziertes Personal zu gewinnen.
- Betriebe müssen überzeugt werden, Menschen mit Behinderung aufzunehmen. Es sollte positive Anreize geben (z.B. Förderungen, Begünstigungen bei Beiträgen, Prämien für Bezugspersonen), da Menschen mit Behinderung einen Mehrwert bringen.
- Es braucht ein Abkommen mit den Sozialpartnern, um auch von der Seite die Integration zu fördern.
- Die Arbeitsassistenz ist zu verbessern/auszubauen. Auch private Organisationen sollten Arbeitsassistenz machen können.
- Es geht darum einen inklusiven Arbeitsmarkt zu schaffen, hierfür braucht es eine Änderung der Kultur.
- Die Entlohnung der Menschen mit Behinderung ist zu gering, ist eher als Entschädigung zu sehen.
- Betriebe müssen darauf vertrauen können, dass sie entsprechend unterstützt werden; sie möchten keine „Betreuungsorganisation“ sein und reagieren sehr sensibel darauf.
- Es braucht einen Ausbau der Arbeitsplatzbetreuung. Job Coaching und finanzielle Unterstützung für Betriebe sind notwendig. Auch das *wording* ist wichtig: Assistenz statt Betreuung.
- Die Trennung von Arbeitseingliederung und Arbeitsbeschäftigung war nicht so glücklich. Mit Splitten gehen viele Ressourcen verloren.
- Arbeitsintegration funktioniert nur im großen Netzwerk.
- Multiprofessionale Teams haben höhere Erfolgsquote (Beispiel Pfiff-Kurse).
- Menschen mit Behinderung möchten auch in anderen Bezirksgemeinschaften arbeiten, aber da fehlt oft die Unterstützung der eigenen Herkunfts-Bezirksgemeinschaft.
- Es herrscht Unklarheit, wohin sich die Personen wenden müssen. Oft fehlen notwendige Informationen von vornherein.

- Nach dem Schulabschluss müssen Menschen mit Behinderung oft warten, bis sie eine Beschäftigung finden (Wartelisten). Die Familien müssen diese Zeit überbrücken, alternative Angebote fehlen.
- Personen brauchen nach dem Schulabschluss Zeit, sich auf das Arbeitsleben vorzubereiten. Die gilt vor allem für Menschen mit Behinderung. Wir haben Arbeitstrainings organisiert, die Betriebe sind sehr offen. Betriebe brauchen schnelle Begleitung, wenn es ein Problem gibt.
- Wir haben eine gute Basis (gute Dienste, gute Einvernehmensprotokoll). Die ganzen Möglichkeiten müssen aber besser verknüpft sein, besser zusammenspielen. Noch ausbaufähig sind die Praktika in den Schulen, auch die Wirtschaft ist regelmäßig einzubeziehen.
- Menschen mit Behinderung brauchen am Arbeitsplatz spezifische Hilfsmittel bzw. Programme. Ohne diese Programme kann man nicht zeigen was man kann (z.B. bei Praktika). Oft sind die Programme der Betriebe nicht mit den Hilfsmitteln kompatibel (z. B. weil sehr grafisch). Hier wäre eine persönliche Assistenz sehr sinnvoll.
- Ex-In Projekte für Menschen mit psychischer Erkrankung sind sehr wertvoll, denn es ist möglich zu genesen. Bei geschützten Arbeitsplätzen ist es wichtig, dass die Menschen nicht eine erklärte Beeinträchtigung brauchen. Das führt zu Einstufung und Stigmatisierung. Menschen sollten nicht kategorisiert werden, z.B. durch die Feststellung der Arbeitsfähigkeit.
- Finanzielle Unterstützung der Sozialgenossenschaften ist sehr kritisch, sie müssen sich oft von Banken vorfinanzieren lassen, da die Beiträge spät ausbezahlt werden. Dies führt zu Planungsunsicherheit. Genossenschaften leisten aber einen sehr wertvollen Beitrag für die Integration von Menschen mit Behinderung und sollten deshalb mehr Beiträge erhalten.
- Das Projekt „Plus +35“ war sehr erfolgreich, und läuft hoffentlich nicht aus.
- Es braucht eine Erweiterung der Märkte zur Förderung des sozialen Ausgleichs und der Ausweitung der Arbeitsangebote (Kultur...).
- Die Bürokratie und die Anforderungen an die Betriebe müssen so niedrig wie möglich gehalten werden.
- Es fehlt die Sensibilisierung und die Umsetzung der geschaffenen Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in der Landesverwaltung.

### **Sozialpädagogische Tagesbetreuung und niederschwellige Angebote (insbesondere für Minderjährige mit Abhängigkeitserkrankungen)**

- Bedarf an niederschweligen Angeboten für Minderjährige besteht. Ein Projekt in Bozen dazu ist in Planung.
- Grundsätzliches Problem bei den Sozialdiensten ist, dass diese mit den derzeitigen Bestimmungen nur abstinenten Personen aufnehmen können, die gibt es aber nicht.
- Niederschwellige Angebote sind sehr wichtig, sich zu treffen und wo ein Austausch möglich ist. Die Angebote zur Unterstützung für Familien und niederschwellige Dienste müssen weiterentwickelt werden. Das Projekt „naturalmente“ des BSB und von La Strada durchgeführt, hat sich als sehr sinnvoll dargestellt.
- Es braucht einen niederschweligen Dienst 24/7 für Menschen mit einer psychischen Erkrankung, das ist sehr wichtig. Das Zentrum für psychische Gesundheit (Z.P.G.) sollte der erste Ansprechpartner sein.
- Wichtig ist eine Flexibilisierung der Dienste, um den Notwendigkeiten der Nutzer\*innen besser entgegenzukommen. Eine Anpassung/Ausweitung der Öffnungszeiten ist notwendig. Auch Rückintegrationen in die Tagesstätten müssen möglich sein.

- Es gibt ein Problem bei der Nachbesetzung der professionellen Stellen. Bessere wirtschaftliche Bedingungen für die Sozialberufe müssen geschaffen werden (Aufwertung der Berufsbilder).
- „Offener Dialog“ (Modell aus Finnland) wäre für uns wichtig: schnelles Eingreifen der Betreuer\*innen innerhalb 24 Stunden.
- Entlastung der Familie ist ein wichtiges Thema. An Wochenenden oder wenn keine Schule ist, gibt es kein Angebot. Es braucht Entlastungsangebote für die Freizeitgestaltung. Bei Härtefällen gibt es bereits Projekte, aber diese Projekte sollten regelmäßig angeboten werden.

### Teilstationäre Dienste / Inklusive Projekte

- Es ist wichtig neue Plätze in den teilstationären Diensten zu schaffen. Es gibt Wartelisten, und es können nur einzelnen Personen Plätze gegeben werden. Auch inklusive Projekte müssen möglich sein. Denn somit könnten sich auch die Wartelisten verkürzen. Grundsätzlich braucht es mehr Personalressourcen, es gibt einen Mangel an Personal.
- Es gibt eine Durchlässigkeit bei den einzelnen Diensten. Für Personen in teilstationären Diensten, die Chance auf Arbeit hätten, kann dies ermöglicht werden. Aber es sollte auch möglich sein zu „switchen“, d.h. wenn jemand eine gute Phase hat, sollte er/sie arbeiten können, und dann aber wieder zurück in einen Tagesdienst dürfen.
- Die Richtlinien der Arbeitseingliederung und die Einstufung der Arbeitsfähigkeit lassen kaum Wahlfreiheit der Menschen mit Behinderung zu – spiegelt sich auch in den Empfehlungen der Arbeitseingliederung wider.
- Es ist wichtig zu differenzieren. Die teilstationären Dienste sind wichtig, Plätze müssten aufgestockt werden. Bei Arbeitseingliederung wären aber inklusive Projekte wichtig. Hier ist Vernetzung und Vertrauen wichtig. Die Angebote sollten ineinandergreifen.
- Die Selbstbestimmung der Menschen soll in den Vordergrund gerückt werden. Es gibt einen Unterschied zwischen Betreuung und Assistenz, neue Modelle müssen hier angedacht werden. Weniger Institutionalisierung - dadurch entfernt man sich nur mehr von echter Inklusion.
- Es braucht mehr inklusive Projekte und weniger Werkstätten. Menschen mit Behinderung sollen im echten Arbeitsmarkt eingegliedert werden.

### Finanzierung:

- Die Öffentliche Hand muss hierfür geradestehen. Chancengleichheit ist wichtig, der Mindestleistungsansatz diskriminiert. Wenn private Institutionen gute neue Projekte präsentieren, sollten sie direkt begutachtet und finanziert werden und nicht immer über die Bezirksgemeinschaften gehen. Private Organisationen sind keine Bittsteller.
- Die große Fragmentierung der Leistungen muss in Zukunft abgebaut werden. Viele wissen nicht an wen sie sich wenden können. Die Fragmentierung ist auch für Betriebe ein Problem. Bei einer Zusammenführung würden die Bürger\*innen profitieren und auch die Verwaltung könnte Ressourcen einsparen.
- Mehr Synergien schaffen, das Potential wäre da. Es gibt bürokratische Hürden, die aus dem Weg geräumt werden können. Synergien zwischen den Diensten sind besser zu nutzen.

### **Zusammenfassung der wichtigsten Punkte der Teilnehmer\*innen**

- Sichere Finanzierung für langfristige Planung
- Auszahlungsprozess der Beiträge optimieren (Vorstreckung der Gelder von Seiten der privaten Organisationen sollte es nicht geben)
- Politischer Auftrag für Arbeitseingliederung ist voranzubringen
- Gemeinsame sozialpartnerschaftliche Lösungen
- Synergien nutzen, mehr Vertrauen zwischen den einzelnen Institutionen
- Verbesserung des Netzwerkes
- Mehr Sensibilisierungsarbeit/Öffentlichkeitsarbeit: Menschen mit Behinderung haben Mehrwert (z.B. Siegel oder Zertifikat für Betriebe)
- Kulturwandel: Eine Person mit Beeinträchtigung zu integrieren ist ein Gewinn für ein Unternehmen; diese Denkschule ist zu fördern.
- Stärkere Einbindung der Wirtschaft, auch im Denken neuer Modelle und Lösungsansätze (sonst wird Kulturwandel schwierig)
- Gerechter Lohn statt Taschengeld
- 360°-Betreuung auch außerhalb der Arbeit
- Mehr inklusive Projekte
- Verstärkung der Arbeitsassistenten
- Wahlfreiheit zwischen Arbeitsstätten der verschiedenen Bezirksgemeinschaften
- Anlaufstelle für Menschen mit Behinderung für Beratung und Unterstützung
- Lösungen finden zum Übergang Schule/Arbeit
- Klare Übersicht welcher Dienst welche Zuständigkeit hat, Nutzer\*innen sollten die gesetzlichen Bestimmungen nicht zu spüren bekommen
- Erhöhung der Arbeitsmöglichkeiten (Berufswahl) durch Ausweitung der Tätigkeitsbereiche
- Förderung des Ehrenamts im Territorium (Kulturwandel ermöglicht neue Möglichkeiten)
- Großes Anliegen der persönlichen Assistenz: Unterscheidung zwischen Betreuung und Assistenz; oft braucht es keine Betreuung, aber Hilfe (Assistenz)
- Territoriale Anlaufstelle schaffen zum Thema Arbeit
- Entbürokratisierung
- Selbstbestimmung hervorheben
- Mehr finanzielle und „menschliche“ Unterstützung für Betriebe
- Selbständigkeit der Personen im Bereich Arbeit und Wohnen fördern
- Zusammenarbeit der verschiedenen Dienste sehr wichtig (gesamtheitliches Projekt für nachhaltige Integration)
- Zugänglichkeit der Dienste erleichtern (Angebote sind zersplittert, vielschichtig), z.B. Kompetenzzentrum oder andere Form
- Teilstationäre Dienste aufstocken, aber auch bestehende Modelle anschauen und überprüfen (gibt es den Bedarf noch?)